



Brief aus Straßburg

Dr. Renate Sommer (CDU)

Europaabgeordnete für das Ruhrgebiet

Nr. 85 / Januar 2010

Liebe Leserinnen und Leser,

nach der Weihnachtspause startete das Europäische Parlament am 11. Januar mit einer Fraktionswoche in Brüssel wieder in die Sitzungsperiode und hielt nun die erste Plenarwoche 2010 in Straßburg ab. Auf der Tagesordnung standen die weitere Anhörungen der Kandidaten für Kommissarspositionen, eine Aussprache zum Demokratisierungsprozess in der Türkei, die Wahl des Europäischen Bürgerbeauftragten sowie das Tätigkeitsprogramm der spanischen Ratspräsidentschaft.

Anhörungen der Kommissare

Die Anhörungen der Kandidaten für die Kommissarsposten in der neuen EU-Kommission, die bereits in der vergangenen Woche in Brüssel begonnen hatten, beschäftigen uns auch weiterhin. In dieser Straßburg-Woche waren noch vier jeweils dreistündige Befragungen zu absolvieren, in denen die Anwärter für die Bereiche "Industrie & Unternehmen", "Justiz & Inneres", "Maritime Angelegenheiten & Fischerei" sowie "Interinstitutionelle Beziehungen & Verwaltung" Rede und Antwort stehen mussten. Die Kandidaten sollen in diesen Anhörungen beweisen, dass sie der Aufgabe gewachsen sind und ihre Kompetenzen im Sinne und zum Wohle der Europäischen Union einbringen können. Zudem wird geprüft, ob sie gewillt sind, das Parlament zu respektieren und eine gute Zusammenarbeit mit uns Abgeordneten aufzubauen.

Wie Sie den Medien entnehmen konnten, hat sich aber schon gezeigt, dass nicht jeder Kandidat für eine Kommissarsposition geeignet ist. Die Rumänin Jelewa musste ihre Kandidatur zurückziehen, weil sie die Offenlegung ihrer finanziellen Interessen verweigerte. Mittlerweile benannte Rumänien eine neue Kandidatin. Unsere

für die kommende Woche geplante Abstimmung über die neue Kommission muss daher in den Februar verschoben werden.

Wahl des Bürgerbeauftragten

Auf Drängen des Europäischen Parlaments war 1992 das Amt des Europäischen Bürgerbeauftragten eingeführt worden. Er soll sich der Beschwerden und Sorgen der Bürger annehmen und so dazu beitragen, die EU transparenter und bürgerfreundlicher zu gestalten. Es handelt sich also um eine Mittlerfunktion zwischen Unionsbürgern und Behörden der EU. Beschwerden über Diskriminierung wird ebenso nachgegangen wie Klagen über Missstände in der Verwaltung, beispielsweise über unnötige Verzögerungen oder unzureichende Information. Der europäische "Ombudsman" (schwedisch: "Vermittler") hat, wie das Europäische Parlament, eine Amtszeit von fünf Jahren. In dieser Woche nun wurde das Amt wieder zur Wahl gestellt und der bisherige Amtsinhaber Nikiforos Diamandouros für weitere fünf Jahre bestätigt. Er will den Bürgern Europas dabei helfen, ihre im Vertrag von Lissabon und in der Charta der Grundrechte verankerten Rechte zu nutzen.

Spanische Ratspräsidentschaft

Als erste Präsidentschaft unter dem Vertrag von Lissabon haben die Spanier am 1. Januar 2010 den Vorsitz des Ministerrates übernommen. Die Anforderungen an diese Präsidentschaft sind hoch, denn nun gilt es, den Vertrag von Lissabon in die Lebenswirklichkeit umzusetzen. Das Verhältnis zwischen Ministerrat, Europäischem Parlament und EU-Kommission muss neu austariert werden. Zudem soll die EU wieder zu Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit zurückfinden. Ferner gilt es, viele Bereiche, wie z.B. die Bürgerrechte, den "Raum der Sicherheit, der Freiheit und des

Rechts" und die gemeinsame Asyl- und Einwanderungspolitik weiter zu entwickeln und in die neue Strategie "Europa 2020" münden zu lassen. Allerdings steht der neue Ratsvorsitz unter keinem guten Stern, denn Spanien selbst ist von der Wirtschaftskrise hart getroffen: Die Staatsverschuldung liegt bei 11% des Brutto-Inlandsproduktes (das in der EU übrigens als "Brutto-Nationalprodukt" bezeichnet wird), und die Arbeitslosenquote bewegt sich um 20%. Damit ist Spanien im europäischen Vergleich eines der Schlusslichter in der Bekämpfung der Krise.

SWIFT-Abkommen

Das SWIFT-Abkommen über die Weitergabe von Bankverbindungsdaten zwischen der EU und den USA dient der internationalen Terrorabwehr. Dass dies funktioniert, zeigt die Enttarnung der "Sauerland-Bomber". Auch wir profitieren also enorm von diesem Datenaustausch. Aus Datenschutzgründen ist SWIFT aber sehr umstritten. Deshalb stellt das erst kürzlich neu geschlossene SWIFT-Abkommen mit den USA, das am 1. Februar 2010 in Kraft tritt, nur eine Übergangslösung dar. Mit dem Vertrag von Lissabon hat das Europäische Parlament nämlich das Mitentscheidungsrecht in diesem Bereich bekommen, und wir hatten es zur Bedingung gemacht, dass ein längerfristiges Abkommen über die Weitergabe von Bankverbindungsdaten nur zusammen mit dem Europäischen Parlament ausgehandelt werden darf. Schließlich braucht die Weitergabe von sensiblen Daten unserer Bürger klare und verlässliche Regeln! Wir verlangen, dass für europäische Daten auch europäische Datenschutzbestimmungen gelten müssen. Daher fordern wir z.B. Einzelfallprüfungen, die sicherstellen, dass die Daten-Weitergabe an die USA nur in begründeten Verdachtsfällen geschieht.

Türkei ist keine Demokratie

Können Sie Sich vorstellen, dass eine demokratisch gewählte Partei, die fast 20% der Bevölkerung vertritt, von heute auf morgen verboten wird? So geschehen in der Türkei: Das aktuelle Verbot der pro-kurdischen DTP ist dort übrigens das 27. Parteienverbot der letzten zehn Jahre. Damit hat die demokratiefeindliche Entwicklung der Türkei einen neuen Höhepunkt erreicht. Um die Einhaltung demokratischer Grundwerte, eine der unverhandelbaren Vorraussetzungen für

einen Beitritt zur EU, schert sich die türkische Regierung seit Aufnahme der Beitrittsverhandlungen immer weniger! Einschränkungen der bürgerlichen Grundrechte und -freiheiten, wie der Informations-, Versammlungs- und Pressefreiheit, sowie die teils massive Unterdrückung religiöser und ethnischer Minderheiten sind an der Tagesordnung. Daher hatte das Europäische Parlament den Ministerrat und die Kommission zu einer Debatte über den "Demokratisierungsprozess in der Türkei" aufgefordert. Während Abgeordnete aller Fraktionen die Zustände in der Türkei verurteilten und Konsequenzen seitens der EU forderten, redete die EU-Kommission wieder einmal die Lage schön: Es handele sich zwar um wenig schöne Entwicklungen, aber erstens sei ja alles gar nicht so schlimm, und zweitens setze man auf "Softpower" gegenüber der türkischen Regierung. Noch weiter ging die spanische Ratspräsidentschaft: Man wolle in den nächsten Monaten vier weitere Verhandlungskapitel mit der Türkei eröffnen!

Für die Regierung in Ankara aber ist das ein klares Signal zum "Weiter so!": Die Versuche, die oppositionelle Presse und christlich-orthodoxe Gemeinschaften durch Verbote und Enteignungen zu zerstören, werden unbeirrt vorangetrieben. So hatte das zuständige staatliche Schatzamt aus heiterem Himmel das 1600 Jahre alte syrisch-orthodoxe Kloster Mor Gabriel auf Herausgabe seiner Ländereien verklagt, ohne die das Kloster nicht überleben kann. Und nicht von ungefähr geht genau dieses Schatzamt nun gegen das erstinstanzliche Gerichtsurteil, das zugunsten des Klosters ausgefallen war, in Berufung ... Ich meine: Es ist endlich an der Zeit, die türkische Regierung in ihre Schranken zu weisen!

Bis zum nächsten Straßburgbrief grüßt Sie herzlich

Ihre



Dr. Renate Sommer, MdEP

Büro Herne:

Tel. 02323/918511, Fax 02323/918512

Büro Brüssel:

Tel. 0032-228-47383, Fax: 0032-228-49383

E-Mail: renate.sommer@europarl.europa.eu

www.renate-sommer.de